

## Höchstmaß an Sicherheit für Lebensmittel gewährleisten



Die Unionsfraktion im Bundestag begrüßt das Verhandlungsergebnis von Ministerin Aigner und den Ministern der Länder ausdrücklich. Der Aktionsplan ist ein wichtiger Schritt, um das im Zuge der Dioxin-Krise verloren gegangene Vertrauen der Verbraucher und der internationalen Handelspartner in die hohe Qualität der deutschen Lebensmittel zurückzugewinnen. Durch kriminelles Handeln wurden Hunderttausende Landwirte, Verarbeiter und Futtermittelhändler zu Geschädigten.

Die gestrige Vereinbarung ist ein großer Erfolg von Bundesministerin Ilse Aigner, die gemeinsam mit der Regierungskoalition in den vergangenen Wochen konsequent auf die Verbesserungen der Futter- und Lebensmittelsicherheit hingearbeitet hat. Nicht nur die Dioxin-Funde als solche, sondern auch die Polemik der Opposition haben zur Verunsicherung der Verbraucher und zur Kaufzurückhaltung geführt. Auch die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft erlitt dadurch großen Schaden. Dagegen handelte Bundesministerin Aigner genau in der richtigen Reihenfolge:

1. Schwachstellen in der Futtermittelkette und bei der Überwachung wurden eingegrenzt.
2. Lieferwege wurden und werden überprüft, um belastete Futter- und Lebensmittel in Zusammenarbeit mit den Bundesländern schnell aus dem Verkehr zu ziehen. Somit halten wir mögliche gesundheitliche Schäden von den Verbrauchern fern.
3. Wirksame Maßnahmen werden eingeleitet, die solche Vorfälle in Zukunft unwahrscheinlicher machen und die Transparenz für die Verbraucher optimieren.

Der gestern vereinbarte Aktionsplan enthält eine ganze Reihe von Maßnahmen, die das Sicherheitsniveau für Futter- und Lebensmittel noch einmal erhöhen. Damit wird unser Futtermittelrecht das anspruchsvollste und strengste der Welt.

Zum Aktionsplan gehören:

- Verschärfung der Zulassungsbedingungen für Futtermittelproduzenten;
- Trennung der Produktionsströme;
- Nachweis der Unbedenklichkeit ihrer Ware durch die Hersteller von Futterbestandteilen wie Futterfetten, bevor sie in die Futtermittelkette gelangen.
- Die Bundesregierung geht aber noch weiter im vorsorgenden Verbraucherschutz, in dem sie die Verbraucher zukünftig noch besser informiert.
- Wir sorgen im Rahmen der Überarbeitung des Verbraucherinformationsgesetzes dafür, dass Verbraucher schneller informiert werden.
- Auf der Seite [www.lebensmittelwarnung.de](http://www.lebensmittelwarnung.de) sollen Verbraucher zukünftig öffentliche Warnungen zentral abrufen können.

Das gute Verhandlungsergebnis entlarvt die fadenscheinige Strategie der Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag: In zahlreichen Sondersitzungen haben die Vertreter des Bundeslandwirtschaftsministeriums und der Bundesländer alle Fakten auf den Tisch gelegt. Die Opposition behauptete dennoch, sie bekomme keine Informationen und das Bundesministerium mache keine konkreten Vorschläge. Die gestrigen Verhandlungen zeigen aber auch die durchschaubare Strategie der SPD: Einerseits fordert die Bundestagsfraktion von der Bundesregierung weitergehende Maßnahmen. Auf der anderen Seite lehnen gerade die SPD-geführten Bundesländer wie Rheinland-Pfalz eine Kompetenzübertragung an den Bund ab. Das ist mehr als unglaubwürdig.



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde!

In den Jahren 2002/2003 wurde Deutschland als der kranke Mann Europas in der Wirtschaftswelt bezeichnet. Unserer Nation wurden keine Zukunftschancen mehr eingeräumt. Selbst das ifo-Institut in München lieferte Beleg-Studien für düstere Aussichten. Hohe Soziallasten, unflexibler Arbeitsmarkt, geringe Fähigkeiten zur vernünftigen Gegensteuerung durch Bevölkerung und Regierung wurden als Gründe genannt. Allen anderen Ländern aus der bisherigen Spitzenliga und aufstrebenden asiatischen Nationen wurden von den „schlau“ Weltwirtschaftsexperten beste Prognosen attestiert.

Nun im Jahre 2010 hat unsere Wirtschaft mit 3,6 Prozent den größten Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes seit der Wiedervereinigung geschafft. Auch im Jahr 2011 wird sich dieser erfreulich positive Trend mit geschätzten 2,3 Prozent fortsetzen. Damit wächst die deutsche Wirtschaft deutlich stärker als im Durchschnitt in der Eurozone.

Durch die hohen wirtschaftlichen Zuwachsraten hat sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter entspannt. Die Beschäftigung ist mit 40,5 Millionen Menschen ebenfalls die höchste seit der Wiedervereinigung. Wir erwarten, dass sich die Zahl der Beschäftigten in diesem Jahr um weitere 320.000 steigert, damit würden wir in diesem Jahr mit 7,7 Prozent die niedrigste Arbeitslosenzahl seit 20 Jahren erreichen.

Die Unionsfraktion und unsere Regierung möchten auch weiterhin gute Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze und Wirtschaft sicherstellen.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen



Ih,  
Helmut Brandt MdB

## Brandt: Eckpunkte des BMJ zur Vorratsdatenspeicherung völlig unzureichend

Eine schnelle und wirksame gesetzliche Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung ist dringend notwendig. Das Bundeskriminalamt, alle Generalstaatsanwälte und die Generalbundesanwältin, der Deutsche Richterbund, kurz gesagt: alle, die von der Materie etwas verstehen und Verantwortungsbewusstsein für eine funktionierende Strafrechtspflege verspüren, teilen diese Bewertung. Das gegenwärtige Fehlen einer solchen Regelung führt dazu, dass auch schwerste Straftaten nicht aufgeklärt werden können.



Die von Frau Leutheusser-Schnarrenberger jetzt unterbreiteten Vorschläge genügen diesen Anforderungen nicht im Ansatz. Das gilt insbesondere für das sogenannte „Quickfreeze-Verfahren“, das zudem noch „anlassbezogen“ sein soll. Eine solche Regelung bleibt weit hinter den europarechtlichen Vorgaben zurück. Die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung ist nach wie vor geltendes Recht, zu deren Umsetzung ist Deutschland verpflichtet. Dennoch hoffen wir nach wie vor, dass in den Gesprächen mit dem Koalitionspartner eine Einigung erzielt werden kann.

Haltung der Union ist klar: Die jetzt vorgeschlagene Regelung würde die Verfolgbarkeit von Straftaten letztlich dem reinen Zufall überlassen. Letztlich würde es vom jeweiligen Provider abhängen, ob er die Daten speichert oder nicht. Sind keine Daten vorhanden, kann auch nichts „eingefroren“ werden. Deshalb sieht auch das Bundesverfassungsgericht ein solches „Quickfreeze-Verfahren“ nicht als geeigneten Ersatz für eine Vorratsdatenspeicherung an.

Ausdrücklich als Schritt in die richtige Richtung zu begrüßen ist jedoch die Erkenntnis des BMJ im Bereich der Internetdaten. Erstmals wird eingeräumt, dass insbesondere zur Bekämpfung der Kinderpornographie im Internet eine Speicherung von Bestandsdaten (also auch eine Vorratsdatenspeicherung) erforderlich ist. Die hierfür vorgesehene Frist von sieben Tagen ist allerdings viel zu kurz.

## Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan

Die afghanische Regierung will bis Ende 2014 schrittweise die Sicherheitsverantwortung für ihr Land übernehmen. Den Rahmen hierfür bilden die Beschlüsse der Londoner Konferenz (Januar 2010) und der Kabul-Konferenz (Juli 2010), die im Rahmen des NATO-Gipfeltreffens in Lissabon (November 2010) bekräftigt wurden.

Der VN-Sicherheitsrat hat das Mandat, das Grundlage des deutschen Engagements ist, am 13. Oktober 2010 auf inhaltlich unveränderter Grundlage bis zum 13. Oktober 2011 verlängert. Für das Mandat beantragt die Bundesregierung eine Laufzeit bis zum 31. Januar 2012 in der Erwartung, dass der Sicherheitsrat den ISAF-Einsatz vor Ablauf erneut verlängern wird. Die Bundesregierung hat mit dem Fortschrittsbericht Afghanistan auf Anregung unserer Fraktion eine umfassende Darstellung und Bewertung des deutschen Engagements vorgelegt. Der Bericht unterstreicht die Notwendigkeit weiteren Engagements im Rahmen der 2010 beschlossenen Neuausrichtung („Übergabe in Verantwortung“) des Einsatzes.

Zur Abzugsperspektive: „Die Bundesregierung ist zuversichtlich, im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können und wird dabei jeden sicherheitspolitisch vertretbaren Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung nutzen, soweit die Lage diese erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden.“

Informationen über meine Standpunkte, meine Aktivitäten und mich finden Sie unter anderen auf meiner Homepage: [Facebook.de](http://Facebook.de)... [MeinVZ.de](http://MeinVZ.de) .. [YouTube.de](http://YouTube.de)



## Grundlegende Strukturen der Abfallwirtschaft erhalten

Nach dem Prinzip der Daseinsvorsorge tragen die Kommunen als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger die Verantwortung für die Entsorgung der Abfälle aus privaten Haushalten. Diese grundlegende Struktur hat sich in Deutschland bewährt und muss unbedingt erhalten bleiben.

Die Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes verfolgt das Ziel, die kommunalen Überlassungspflichten für Haushaltsabfälle unter Einhaltung des EG-Rechts zu präzisieren. Aus kommunaler Sicht ist besonders zu begrüßen, dass in Fortschreibung des ursprünglichen Arbeitsentwurfs die so genannte Rosinenpickerei ausdrücklich untersagt ist. Die ordnungspolitische Grundausrichtung ist klar: Die Kommunen bleiben öffentlicher Aufgabenträger.

### Impressum:

Ausgabe Nr.:1 -1/11 21. Januar 2010

### Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227-71472, Fax: 030 / 227-76471  
Email: [helmut.brandt@bundestag.de](mailto:helmut.brandt@bundestag.de)

### Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf  
Tel.: 02404/557830, Fax: 02404/3445  
E-Mail: [helmut.brandt@wk.bundestag.de](mailto:helmut.brandt@wk.bundestag.de)